

Der Sozialdemokratische Pressedienst

Kommunique des Parteivorstandes vom 25.1.1948

Am 25.1.48 traf der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands mit dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten und sozialdemokratischen Mitgliedern des Wirtschafts- und Exekutivrates unter der Leitung von Erich Gillerhauer zusammen. In einem einleitenden Referat stellte der Vorsitzende der SPD, Dr. Kurt Schumacher, fest, daß die rechtliche Lage der Deutschen nach der Frankfurter Konferenz sich nicht von bisherigen Zustand unterscheidet. Nach wie vor geht alle Macht von den Besatzungsmächten aus. Daran ändert sich auch nichts durch die bereits vorliegende und in den nächsten Tagen zu erlassende Charta der beiden Militärregierungen. Die Heranziehung deutscher Vertreter zu Beratungen bedeutet keinesfalls eine Rückdelegation von Souveränität an Deutsche. Die Okkupationsmächte haben keine Souveränitätsrechte aus der Hand gegeben. Dr. Schumacher skizzierte die Aufgaben der Sozialdemokratie gegenüber der neuen deutschen Wirtschaftsverwaltung und setzte sich für einheitliches Vorgehen der Sozialdemokraten im Wirtschafts- und Länderrat ein. Gegen wesentliche Teile der Charta der beiden Generale meldet die SPD ihre ablehnende Stellungnahme an. Insbesondere gegen die Schaffung eines Oberdirektors, der nach sozialdemokratischer Auffassung die Vollmacht eines "Diktators auf Zeit", gestützt auf die Besatzungsmächte, hat. Nach ausführlicher Diskussion wurden die Ausführungen Dr. Schumachers einhellig akzeptiert. Die nachfolgenden Punkte wurden als Ergebnis der Aussprache und als Richtlinien der sozialdemokratischen Politik im Wirtschafts- und Länderrat vereinbart.

Punkt 1: Die Sozialdemokratie stellt fest, daß die von den beiden Militärgouverneuren verkündete Charta kein deutsches Recht, sondern Recht für Deutschland schafft, das eine einseitige Entscheidung der Alliierten ohne Verantwortung der Deutschen darstellt.

Punkt 2: Die Sozialdemokratie lehnt die Wahl eines Oberdirektors ab. Sie verlangt, daß alle Direktoren vom Wirtschaftsrat gewählt und entlassen werden und dem Wirtschaftsrat verantwortlich sind.

Punkt 3: Die Sozialdemokratie lehnt das Bestätigungsrecht des Länderrates bei der Direktorenwahl ab.

Punkt 4: Die Sozialdemokratie wünscht, daß die Gesetzesvorlagen der Direktoren gleichzeitig dem Wirtschafts- und Länderrat vorgelegt werden.

Punkt 5: Die Sozialdemokratie ist der Auffassung, daß die Kompetenzen des Wirtschaftsrates und anderer neuer Institutionen nicht von den Ländern abgeleitet, sondern originär bestehen.

Punkt 6: Die Sozialdemokratie unterstreicht, daß es Aufgaben gibt, die von höherer Ebene als der Länderbasis durchgeführt werden müssen und daß es nicht Aufgabe der SPD ist, föderalistische Tendenzen zu fördern.

Der Vorstand der SPD nahm ferner Stellung zu der Frage, ob Einsprüche des Länderrates mit einfacher oder qualifizierter Mehrheit durch den Wirtschaftsrat abzuweisen seien. Er entschied sich mit allen gegen drei Stimmen für einfache Mehrheitsbeschlüsse, denen Ausschüßberatungen über den Inhalt der Einsprüche vorausgehen sollten.